

OB-01-10-20-60-70

Herr Präsident,
Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Es geht wieder aufwärts!

Vor Jahren ein geläufiger Satz bei Politikern...

In den letzten Jahren hörte man solche Äußerungen jedoch immer seltener,...warum eigentlich...

Wir sind noch nicht über dem Berg. Heißt es jetzt schon mal...

Also doch irgendwie aufwärts...

Aber über welchen Berg? Und was ist hinter dem Berg? Kommt dann ein fruchtbares Tal, oder eine Wüste, oder vielleicht eine neue Gebirgskette, oder ein rauschender Fluss, darüber schweigt man...man weiß es nicht, oder vielleicht doch?

Und warum ständig dieses Auf und Ab –

Warum immer diese Krisen?

Trotz all der Hilfen, trotz der ganzen Bemühungen,

trotz all der fleißigen Minister, all der tollen Rettungsschirme, oder vielleicht infolge oder wegen....

Meine Damen und Herren,

nie wurde es deutlicher als heute, dass die Einheitsparteien der verschiedenen Länder Europas, mit ihrer Politik gescheitert sind.

Europa, Belgien und auch die DG – stehen vor gewaltigen Herausforderungen.

Riesige Schuldenberge, ein Heer von Arbeitslosen ein demografischer Wandel, und keine Aussicht auf Besserung, oder vielleicht doch.

Immer wieder bin ich erstaunt, dass trotz all dieser Nachrichten,

die Regierenden weiter fortfahren wie bisher, Schulden werden weiter aufgehäuft und stur geht man den eingeschlagenen Weg weiter, koste es was es wolle.

Beispiele gibt es in Brüssel, in Berlin, in Paris und auch hier in der DG genug.

Meine Damen und Herren,

als hier im Hause, im Sommer das zweite Krisendekret verabschiedet wurde, bin ich auf die internen Faktoren der internen Krise der DG eingegangen, sie erinnern sich. Ich zählte mehrere Beispiele auf, um zu verdeutlichen, dass der Umgang mit Geld, nicht unbedingt eine Stärke dieser Regierung ist.

Das man Maßhalten nicht kennt, und Einsicht in der Gospert-Straße ein Fremdwort ist.

Ich sprach damals über die internen Ausuferungen, und über die internen Versäumnisse, welche die DG in eine interne Krise geführt haben.

Ich nannte Beispiele und Zahlen.

Und sprach auch vom Mangel an Demokratieverständnis.

Und im Rahmen der aktuellen Diskussion, rund um die Mail einer Ministerin, denke ich ist es angebracht, dass offen hierüber gesprochen werden sollte.

Auch die Bürger stellen sich mehr und mehr Fragen, wenn z.B. der zuständige Finanzminister bereits bei der Vorstellung des Haushaltes im Oktober klar und deutlich zu verstehen gibt, dass er sich keine Illusionen mache, bezüglich der Abstimmungen im Dezember, und die meisten dies als völlig normal ansehen, und ungläubig schauen, wenn man dies auch nur in Frage stellt.

Was er wohl damit meinte. Ob im Vorfeld bereits alles klar sei. Auch ohne die Diskussionen und Debatten hier im Hause.

Warum wird dann überhaupt noch debattiert?

OB-01-10-20-60-70

Sie erinnern sich sicherlich noch an die Debatte vor zwei Jahren bezüglich des Parlamentsumzuges und der berühmten Aussage:

„Der Preis der Demokratie.“

Ich hatte damals bereits auf die Defizite in der parlamentarischen Demokratie hingewiesen, und einen deutschen Bundestagsabgeordneten zitiert, welcher ein Buch mit dem markanten Titel: „Wir Abnicker“, geschrieben hatte.

Mit der Aufgabenteilung, von der Exekutiven und der Legislativen, hat man es auch in der DG, nicht so. Und jeder der die Mail, vor der berühmten Mail, also die Mail mit der Frage eines Parlamentariers an die Ministerin, gelesen hat, der weiß was ich hiermit meine.

Es verdeutlicht, die Defizite der Parlamentarischen Demokratie und das Spiel welches hier gespielt wird.

Vivant hat immer wieder Beispiele gebracht wie man dies abändern bzw. im Sinne der Demokratie verbessern könnte:

Ob das Referendum, der geheime Abstimmungsmodus im Parlament – oder generell eine Form der direkten Beteiligung des Bürgers –

Man kann sich schon die Frage stellen, was eigentlich noch passieren muss.

Meine Damen und Herren,

eine Haushaltsdebatte ist auch immer eine Debatte zur allgemeinen Lage der DG.

Man redet viel über Verschiebungen, über Zahlen, über Bemühungen und benutzt immer und immer wieder die Bezeichnung Krise, für „etwas“ dass man nicht beschreiben möchte, also nicht dieses Warum oder dieses Woher?

Man redet nicht über Ursachen, oder über tiefere Gründe, im Gegenteil man beschwichtigt, man beruhigt, eben haben wir es ja wieder deutlich gehört, und man zündet gekonnt Nebelkerzen an.

Nehmen wir als Beispiel die Höhe der Schuld der Gemeinschaft.

Man kann dies unterschiedlich bewerten.

Die erste Frage, welche sich stellt ist. Was ist eine Schuld?

Also was beinhaltet die finanzielle Schuld eines Staates oder einer Gemeinschaft?

Die Regierung benutzt hier gerne den Begriff: „anrechenbare Schuld“

Und wenn man ihr Glauben schenken möchte, ist diese für die DG überschaubar.

Aber sind das alle Schulden, zumindest sind es nicht alle Verpflichtungen, auch hier was ist eine Verpflichtung, und ist eine Verpflichtung auch eine Schuld? Das Ganze ist etwas verworren.

Vielleicht sogar bewusst verworren.

Es gibt bestehende Kredite, die PPP Projekte, und es gibt Leasing-Verträge.

Und dann gibt es noch die implizite Schuld.

d.h. alle Verpflichtungen die man seinen Bürgern und z.B. den Einrichtungen gegenüber eingegangen ist.

Hierzu folgendes:

Nehmen wir als Beispiel, den Föderal Staat.

Jeder weiß, dass es neben der offiziellen Staatsverschuldung auch noch eine implizite Verschuldung gibt.

Das sind die Leistungsversprechen der öffentlichen Hand, die nicht durch entsprechende Einnahmen direkt gedeckt sind. Dazu gehören Renten und Pensionen, Zuschüsse zur Sozial- und Krankenversicherung usw.

Der Freiburger Professor Bernd Raffelhüschen hat dies einmal für verschiedene europäische Länder berechnet. Er hat vor kurzem eine Aktualisierung seiner Zahlen vorgelegt. Sie enthält eine Reihe von Erkenntnissen, über die man reden sollte, besonders während einer Haushaltsdebatte.

OB-01-10-20-60-70

Anhand seiner Berechnungen, käme Belgien auf eine Verschuldung welche über 400% im Verhältnis zum BIP stehen würde. Interessant ist auch die Analyse zu unserem kleinen Nachbarland Luxemburg. So hat das angeblich so reiche Luxemburg eine enorme versteckte Schuld, aufgrund der hohen Renten.

Die implizite Verschuldung Luxemburgs liegt nach den Berechnungen von Raffelhüschen bei unglaublichen 1.096 % des Bruttoinlandsprodukts. Also ein scheinbar schuldenfreies und reiches Land, hat im Verhältnis höhere Verpflichtungen als Griechenland. Interessant.

Für die DG sieht das etwas anders aus.

Die Frage, welchen Anteil die Gemeinschaften an der Auszahlung der Beamten-Pensionen leisten müssen, wird immer wieder mal aufgerufen, der zuständige Finanzminister hat sich diesbezüglich auch mal geäußert, jedoch bleibt dies unklar. Wobei hier noch einiges auf die DG zukommen kann.

Klarer sind jedoch die bestehenden Verpflichtungen:

Ich glaube bei der letzten Haushaltsdebatte im Dezember 2011- hat Herr Arimont von einer Summe von 730 Millionen € gesprochen.

Die Zahl kommt der realen Schuld schon etwas näher.

Aber auch das ist wahrscheinlich nicht die gesamte Schuld der DG.

Mit der Schuld, ist es wie mit diesem Haushalt.

Ich glaub ich hab diesen Vergleich schon mal gebracht, für uns Männer ist dies wie mit einem Bikini, dass was man sehen möchte ist gekonnt verhüllt –

Und da ich dieser Regierung nicht traue, kann ich auch den Zahlen nicht ganz trauen.

Meine Damen und Herren,

was die Auswirkungen der Verschuldung angeht, so werden wir noch einiges erleben. Aber wir alle sind in diesem System, und wir alle tragen eine Mitverantwortung, denn jeder ist an diesem System irgendwie beteiligt, ja auch wir, wir alle.

Nur die einem nehmen es hin wie es ist,

die anderen machen es mit,

und dann gibt es welche,

die wollen das nicht mit sich machen lassen,

und versuchen darüber zu reden.

Und diese Gruppe wird Gott sei Dank immer zahlreicher.

Wenn ich über die Diskussionen rund um die Finanzkrise nachdenke oder auch zu diesem Haushalt, so fallen mir gleich zwei Metaphern ein, welche beide mit Elefanten zu tun haben.

„There is an elephant in the room“ sagen die Engländer und meinen damit, dass es eine offensichtliche Wahrheit gibt, die jeder kennt, die aber keiner diskutieren will.

„Es ist ein Elefant im Raum.“ Diese Metapher, wird oft zitiert, aber gerade in dieser Finanzkrise finde ich sie sehr passend und während der Haushaltsdebatten werde ich oft an sie erinnert.

Die Vivant-Fraktion hat in diesem Hause mehrmals über die systemischen Ursachen der Finanzkrise gesprochen, u.a. dass durch den Zinseszinsseffekt erzwungene exponentielle Wachstum der Geld- und der Schuldenmenge, sowie die fehlende Geldhoheit in den Händen der Staaten.

OB-01-10-20-60-70

Der Elefant ist entweder zu gefährlich und deshalb möchte ihm niemand zu nahe kommen und beim Namen nennen oder einige nehmen ihn tatsächlich gar nicht wahr.

Wobei ich denke, dass die Regierung in Eupen und die Mehrheitskollegen, diesen Elefanten schon kennen. Mehrheitskollegen sprechen sogar selbst schon mal darüber. Einige rühmten sich sogar längst darüber Bescheid zu wissen. „Ja, da fuhr der Herr Balter noch mit dem Dreirad rum.“ Schrieb mal ein Kollege.

Aber wie halbherzig dies ist, ist leicht zu erkennen.

Bei den Mehrheitskollegen anhand ihrer Abstimmungen zum ESM oder zu anderen europäischen Verträgen.

Und bei der Regierung anhand ihrer allgemeinen Handlungsweise.

Und diese ähnelt dem Verhalten der meisten Regierungen in Europa.

Man kennt diesen Elefanten, aber man schweigt.

Trotz nie gekannter Schuldenberge, trotz Höchstständen bei den Arbeitslosenzahlen in Europa, besteht die Hauptaufgabe des Finanzsystems weiterhin darin, die Macht zu erhalten, und nicht allgemeinen Wohlstand zu schaffen.

Denn sonst hätten wir ein anderes System.

Und das dieser Elefant bekannt, und trotzdem anders gehandelt wird, ist das eigentliche Vergehen in Europa und in der DG. Und wenn jetzt der zuständige Finanzminister, wohlwollend von Komplementärwährungen und anderen Alternativen Finanzierungskonzepten spricht, dann werden sich einige wundern, auf der einen Seite könnte man ihn hierfür loben,

nur da seine Politik seit Jahren bekannt ist, hat dies einen seltsamen Beigeschmack. Grundsätzlich ist jede alternative Überlegung punkto Geld- und Finanzwesen, sofern die richtige Absicht dahinter steckt, zu begrüßen.

Wobei ein Kriterium immer mit berücksichtigt werden sollte:

Geld ist ein Tauschmittel, und sollte nach Möglichkeit, ständig im Umlauf bleiben.

Und da der Zins hier das stärkste Hindernis bildet ist er durch einen Umlauf-Impuls zu ersetzen.

Aber warten wir mal ab, was der zuständige Finanzminister beabsichtigt.

Meine Damen und Herren,

eine zweite Geschichte, werden einige sicherlich kennen.

Ein altes, ursprünglich asiatisches Gleichnis, von den Blinden Männern und dem Elefanten. Auch dieses Gleichnis, kann man auf die Aktualität beziehen und auf den Haushalt der DG.

„Die blinden Männer und der Elefant“. Hier untersucht eine Gruppe von Männern, welche Augenbinden tragen, und so nichts sehen können einen Elefanten, um zu begreifen, worum es sich bei diesem Tier handelt.

Jeder untersucht einen anderen Körperteil, aber jeder nur einen Teil, wie zum Beispiel die Haut, ein Ohr, ein Fuß oder einen Stoßzahn.

Dann vergleichen sie ihre Erfahrungen untereinander und stellen fest, dass jeder seine eigene individuelle Erklärung hat, und dies führt zu vollständig unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

Und keiner stellt einen Zusammenhang fest, sondern jeder beruht sich auf das was er ertastet hat.

Das ist eine treffende Beschreibung, auch für diese Haushalts-Diskussion, die Zusammenhänge werden leider nicht erkannt, oder man ignoriert sie, oder schlimmer noch, man will sich gar nicht mit Ihnen beschäftigen.

OB-01-10-20-60-70

Und auch in den Fachausschüssen, muss ich dies oft feststellen.
Die Ursachen und Ausuferungen des Systems beschäftigen uns in der DG, mehr und mehr, ob die Überschuldung der privaten Haushalte, die Asyl-Problematik, die steigende Anzahl von kranken und berufsunfähigen Menschen, oder die hohe Arbeitslosigkeit.
Und was sagt die Einheitspartei der DG dazu, sie schweigt.
Wir reden nicht über die Ursachen sondern das Alltägliche beschäftigt uns.
Und mehr und mehr hat man Probleme die Auswirkungen des Systems in den Griff zu bekommen, und trotzdem werden die ursächlichen Zusammenhänge weiterhin ignoriert.

Es gibt verschiedenen Arten wie man Probleme lösen kann.
Man setzt sich hin, gründet eine Arbeitsgruppe, befragt Experten, grübelt und grübelt und versucht nach einer Lösung zu suchen. Sie kennen das.

Dabei stellt man das Problem nicht in Frage, sondern beschäftigt sich ausschließlich damit es zu lösen. Wenn dieses Problem dann erneut auftaucht, manchmal heftiger oder schwieriger, macht man dasselbe nur eben mit mehr Aufwand...auch das kennen sie...

Und diese Debatte und auch dieser Haushalt verdeutlicht, selbst wenn das Problem immer und immer wieder auftaucht, fragt sich kaum einer die einfache Frage: Wo kommt das Problem eigentlich her?

Weil er weiß dass dann alle schreien, das ist doch egal, daran können wir sowieso nichts ändern....auch das kommt ihnen bekannt vor.

Man kann sich jedoch auch ganz einfach fragen:
Warum man dieses Problem hat. Also was ist der Ursprung.
Und was müssen wir tun, damit dieses Problem nicht wieder auftaucht.
Wobei das lösen dann auch einfacher ist.

Was heutzutage geschieht, ob in der Medizin, oder in der Politik, leider fast überwiegend in der Gesellschaft, man bekämpft Symptome, und nicht die Ursachen der Erkrankung.

Wenn man also über einen Haushalt einer Gemeinschaft spricht, welcher angeblich aufgrund von externen Gründen nicht gerade rosig ist, dann sollte man sich zuerst einmal mit den Ursachen auseinandersetzen.

Der englische Dichter Arnold schrieb mal vor 150 Jahren:
„Was bedeutet es, wenn die dringende Aufgabe jetzt nicht darin besteht, um jeden Preis zu handeln, sondern vielmehr darin, Inventur zu machen, um unsere Schwierigkeiten zu erhellen?“

Man sucht nach Entschuldigungen, man sucht nach Ausreden dabei kann man deutlich erkennen, dass die Auswege eher Irrwegen gleichen.
Die Staaten sind abhängig von Konzernen und privaten Kreditinstituten, Regierende sind keine Diener des Volkes sondern Diener der Konzerne, und des Kapitals.
Nun, das war schon immer so. Das mag stimmen,...
Nur nannte man dies früher nicht Demokratie.

OB-01-10-20-60-70

Und liebe Kollegen und Kolleginnen, sie selbst scheinen dies ja auch einzusehen, wie sonst sind die Bemühungen einer Regierungspartei zu verstehen, einen Vortrag zu organisieren, in welcher der Referent erklärt das Wirtschaftswachstum der Vergangenheit angehört.

Eine durchaus positive Initiative, welche man lobend hervorheben sollte. Nur welche Lehren werden daraus gezogen.

In bin gespannt auf das Abstimmungsverhalten, denn es müsste ja mittlerweile auch ihnen klar sein, dass man einem Haushalt nicht zustimmen kann, dessen Prognosen auf ständigem Wirtschaftswachstum basieren, hierzu hatte ich bereits vor zwei Jahren gewarnt und anhand von Fakten klar belegt, dass die von der Regierung benutzen Zahlen bezüglich des Wirtschaftswachstums völlig illusorisch sind. Man hat diese auch etwas korrigiert, aber nach wie vor sind die Zahlen reine Spekulationen.

Als Beispiel –

In der Simulation geht man von einem Wachstum ab 2015 von 1,8 % bis zum Jahre 2019 aus und ab 2020 bis zum Jahre 2039 hin von einem Wachstum von 1,5 % aus. Also 25 Jahre andauerndes Wachstum, na da werden sich unsere Kinder und Enkel aber freuen.

Oder kommt es anders...

Selbst wenn das Planbüro solche oder ähnliche Zahlen benutzt, dieses Wachstum würde an ein Wunder grenzen. Wo will man eigentlich hin wachsen. Auch dies hab ich mehrfach gesagt.

Warum arbeitet die Regierung eigentlich nicht, in ihren Prognosen, mit einem Null-Wachstum, die Einnahmen würden nicht stagnieren, da es noch andere Faktoren gibt welche diese beeinflussen. Und wenn das Ergebnis dann anders ist, dann könnte man Schulden zurückzahlen oder Reserven anlegen.

Nur dies wäre ja vernünftig, und die Regierung handelt bekanntlich unvernünftig.

Übrigens hat es kaum, oder fast nie, abgesehen von zwei Jahren in absoluten Zahlen Mindereinnahmen gegeben, also weniger Einnahmen als in den Vorjahren, sondern man hat lediglich weniger erhalten, als man sich erhofft hatte.

Und diese „erhoffen“ kombiniert mit der Ausgabenpolitik dieser Regierung und dem bekannten Elan beim Geldausgeben hat eigentlich zu dieser internen Krise und zu den Kürzungen in den Einrichtungen der DG geführt.

Ob dann alle Mehrheitskollegen diesem Haushalt zustimmen, bleibt vielleicht doch noch offen, wir werden sie zumindest daran erinnern.

Aber, wahrscheinlich ist dies dann wieder politische Logik. Und die hat bekanntlich nichts mit der realen Welt da draußen zu tun.

Meine Damen und Herren,

es gab ein Wort, welches die Haushaltsdebatten der letzten Jahre geprägt hat.

Das Wort: Krise. Beziehungsweise die Bezeichnung Krise, eine Bezeichnung für etwas das man nicht erklären kann oder erklären will, und trotzdem immer wieder als Ausrede benutzt.

Vor einem Jahr habe ich den ursprünglichen Begriff Krise ihnen etwas deutlicher erklärt. Heute bin ich, und viele andere Menschen auch der Meinung, dass der Begriff Krise eine falsche Beschreibung für die aktuelle Situation ist.

Meine Damen und Herren,

wir befinden uns nicht in einer Krise.

Wir befinden uns am Ende einer Ära. In Europa, in Belgien und auch in der DG.

OB-01-10-20-60-70

Und am Ende einer Ära, versuchen die Regierenden weiter festzuhalten, anstatt Einsicht zu zeigen,...auch das war schon immer so. Und wenn man sich die Vergangenheit anschaut dann kann man durchaus Parallelen zur Gegenwart feststellen.

Nehmen wir das Ende des römischen Reiches, man sprach damals von spätrömischer Dekadenz, oder die Zeit kurz vor der französische Revolution. Oder der Fall der Mauer, und das Ende des Sozialismus in Osteuropa. Damals wie heute haben sich die Herrschenden von der Bevölkerung entfernt, damals wie heute gab es übermäßigen Besitz auf der einen, und erschreckende Armut auf der anderen Seite. Und damals wie heute gab es keine Einsicht bei den Regierenden.

Wenn man den Aussagen der Regierung, Glauben schenkt, dann ist die Welt in der Gospert-Straße jedoch noch ganz in Ordnung und vom „Ende einer Ära“ will man nichts wissen.

Im Gegenteil, über so etwas wird geschmunzelt, und belächelt, genau wie die Adligen in Paris und die Machthaber in Ost-Berlin einmal schmunzelten. Laut dem zuständigen Finanzminister, hat man in der DG alles unter Kontrolle. Aber kann man dies glauben...

Bei der Vorstellung des Haushaltes bemerkte er sogar, dass der Haushalt im Schatten der Gemeindewahlen stand, gut, er hätte dies vielleicht gerne, aus verständlichen Gründen, dabei gibt es Gemeinsamkeiten, worauf er auch ansatzweise einging, denn für die Gemeinden ist es wichtig, dass die Finanzen der DG im Lot sind, genauso wie es für die DG wichtig ist, dass die Finanzen des Föderal Staates im Lot sind, denn alles ist irgendwie miteinander verbunden. Jedoch gibt es eins zutiefst menschliches Fehlverhalten, ein jeder fordert etwas für sich und besteht darauf.

In den letzten Jahren wurde dieses Fehlverhalten am deutlichsten bei der Diskussion um die 4. Region, seltsam dass dieser Begriff auch in diesem Hause immer weniger zu hören ist. Kehrt etwa Einsicht bei den Verantwortlichen ein? Na ja, warten wir mal ab was wir uns noch alles anhören müssen, oder dürfen.

Meine Damen und Herren,
was könnte man anders in der DG, was könnten wir hier verändern –
Vivant hat hierzu immer wieder Vorschläge gebracht –
Ob Beispiele wie man Kosten sparen, die Bürokratie abbauen könnte, oder einfach die Demokratie stärken.
Es gibt einfache Beispiel welche keinen Cent kosten:
Was wäre wenn jeder Parlamentarier seiner eigentlichen Aufgabe nachgehen würde, und die Regierung kontrolliert.

Was wäre wenn ein Minister den ursprünglichen Begriff Minister wörtlich nehmen würde, und seine Arbeit als Dienst am Bürger und sich selbst als Diener des Volkes sehen würde.

Was wäre wenn Geld wieder zudem gebraucht würde, zudem es eigentlich erfunden wurde. Und wir alle gemeinsam darüber reden würden, und dazu beitragen würden, dies zu ermöglichen.

Was wäre, wenn nicht jeder zuerst fordert, sondern zuerst nachdenkt.

Aber, wir alle kennen es –
Wir alles wissen es –
Aber, ob wir es wollen, ist eine andere Frage?

OB-01-10-20-60-70

Meine Damen und Herren,
ich will ihnen anhand eines kleinen Beispiels verdeutlichen welche Regeln man benutzt, und wie ungleich der Kampf manchmal ist.
Bei der letzten Haushaltsanpassung hatte ich einige Kosten, oder besser gesagt Unkosten aufgezählt, übrigens der Begriff Unkosten wird nicht in der Betriebswirtschaft benutzt da spricht man von Kosten und versucht Unkosten zu vermeiden, in der Gospert Straße ist dieser Begriff geläufig, denn es sind oft Unkosten welche hier verursacht werden.
Ich nannte einige Zahlen um den vor mir benutzten Begriff, interne Krise, zu verdeutlichen bzw. zu belegen.
Sie erinnern sich es ging damals um die mehr 15.600,- € welcher jeder Minister pro Monat brutto erhält. Oder um die mehr als 3.900,- € an monatlichen Pensionsbeiträgen für den Parlamentspräsidenten, welche bis dato immer noch nicht veröffentlicht werden.
Eine Zahl konnte ich ihnen jedoch nicht ausführlich präsentieren, es ging um die Unkostenpauschale der Regierung. Diese beläuft sich auf 43.902,16 € pro Jahr. Ich hab hierzu nachgefragt und auch eine Antwort erhalten.
Es geht um die schriftliche Frage Nr. 99. In der heißt es:
Hierbei handelt es sich um Unkosten, für welche es nicht möglich oder nicht üblich ist Belege zu erhalten, ich wiederhole:
Nicht möglich oder nicht üblich Belege zu erhalten.
Jeder Minister erhält monatlich zu seinem Gehalt eine Pauschale von 500,- €. Den Rest erhalten die Kabinettschefs und die Fahrer.
Wie dies zu versteuern ist, weiß ich nicht, aber vielleicht kann der zuständige Finanzminister uns dies ja am Donnerstag erklären.
Ich vermute das wird bei anderen Regierungen in Belgien nicht anders sein. Meine Damen und Herren, jedes Geschäft ist in Belgien verpflichtet einen Beleg auszustellen, eine Quittung oder einen Kassenbon. Warum man hier in einer offiziellen Frage schreibt, dass es nicht möglich oder üblich sei Belege zu erhalten ist schon sehr seltsam.
Ob an diesem Beispiel, oder an dem Beispiel mit der Höhe der Schuld, oder am Gleichnis mit den Blinden Männern und dem Elefanten.
Man kann erkennen, dass je nachdem wo man sitzt oder steht die Aussicht eine ganz andere ist.
Aber nicht nur die Aussicht ist anders, sondern auch die Möglichkeiten sind anders.

Sie wissen, noch alle welches der erste Beschluss des Präsidiums dieser Mehrheit war. Man kürzte die Mittel, für die kleinste ach so unbedeutende Fraktion hier im Hause.

Kollegen und Kolleginnen,

Wir befinden uns nicht in einer Krise,
Wir befinden uns am Ende einer Ära.

Sie haben die Wahl –
Halten sie der Regierung weiterhin die bedingungslose Treue –
Oder zeigen Sie Vernunft –

Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit – Michael Balter